Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 7.10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 245. | Dresden, Sonnabend den 19. Oktober 1918. | 29. Jahrg.

Die internationale Friedensdebatte.

Zur Frage der Staatsform.

st. Der Weltkrieg bedeutet das tatsächliche Ende der Monarchie. Das ist weder eine Drohung, noch eine Forderung, sondern eine ganz einfache Feststellung. Reste der alten Verfassungsform mögen in einzelnen Ländern bestehen bleiben, sie werden aber den Ruinen gleichen, über denen neues Leben erblüht ist. Es wird Männer geben, die man nicht mit ihrem Familiennamen, sondern mit ihrem Vornamen und einer Zahl nennen, die man Majestät nennen und nach all den gesellschaftlichen Formen behandeln wird, die sie durch ihre besondere Erziehung gewohnt sind. Aber Monarchen im alten Sinne des Worts wird es nicht mehr geben, d. h., es wird keine Männer mehr geben, die Kraft ihrer Geburtsrechte einen besonderen Einfluß auf die Volksgeschicke zu üben berufen sind.

Es gibt seit den ersten Tagen des Oktobers in der ganzen Welt keinen Staat mehr, der als Monarchie im alten Sinne anzusprechen wäre. Der letzte war Deutschland. Kein Wunder, daß das weltgeschichtliche Ereignis, das Deutschland zur modernen Demokratie umwandelte, eine lebhafte Diskussion hervorgerufen hat und daß man sich fragt, ob die längst fällig gewesene, unheilvoll verspätete Wandlung nun auch vollkommen sicher sei und ob nicht noch weitere Schritte notwendig wären, um sie dauernd zu befestigen.

Es ist hier schon wiederholt gesagt worden, daß das neue Haus der deutschen Demokratie dringend des weiteren Ausbaues bedarf und daß es vor allem notwendig ist, die der Volksvertretung verantwortliche Zivilgewalt über die Militärgewalt zu stellen. Zuerst kommt der verantwortliche Reichskanzler, dann kommt der verantwortliche Kriegsminister, der die Politik der Regierung unterstützen oder schleunigst seinen Abschied nehmen mag, dann kommt der Generalstab, die hohe Generalität usw. Die Armee ist der Regierung Gehorsam schuldig und ist auf die Verfassung zu vereidigen. So ist es überall, so muß es auch in Deutschland sein und so wird es binnen kürzester Zeit in Deutschland auch kommen.

Eine ganz andre Frage ist es, ob an der repräsentativen Spitze des Reiches oder in der äußeren Staatsform selbst eine Veränderung notwendig ist. Bei der Beurteilung dieser Frage dürfen wir nicht das Gefühl allein, wir müssen auch den ruhig überlegenden Verstand mitsprechen lassen. Daß wir Sozialdemokraten für den Träger der deutschen Kaiserkrone keine Zuneigung fühlen und daß wir noch unsren Grundsätzen Republikaner sind, darf man ruhig aussprechen. In den praktischen Konsequenzen, die man aus dieser Tatsache zieht wird man etwas vorsichtig sein müssen.

Wenn der Monarch nur noch repräsentiert und nicht mehr regiert, so wird die Frage nach seiner Befähigung, die politischen Geschäfte selbstherrlich zu führen, gegenstandslos. In der Monarchie der alten Zeit, die für uns freilich bis weit in den Weltkrieg hineinragt, war die persönliche Befähigung des Monarchen zum Regierungsgeschäft für das Volk eine Schicksalsfrage. In den parlamentarisch regierten Staaten aber mit monarchisch-repräsentativer Spitze tritt die Person des Monarchen in den Hintergrund. Die persönlichen Eigenschaften, Fähigkeiten und Liebhabereien des Königs Georg z. B. sind für das Schicksal des englischen Volkes recht unerheblich.

Der jähe Uebergang zur Republik würde gewiß von einem Teil des Volkes freudig hingenommen. Aber es darf nicht verkannt werden, daß die monarchischen Gesinnungen in andren Teilen des Volkes noch recht fest sitzen. Der tatsächliche Unterschied zwischen einer parlamentarisch regierten Monarchie und einer parlamentarisch regierten Republik ist kaum noch durch die Lupe zu erkennen. Es wäre nicht zu verantworten, wenn wir Deutsche dieses kleinen Unterschiedes wegen uns die Schädel, die der Feind noch heil gelassen hat, gegenseitig einschlagen wollten.

Die „starke Monarchie" ist gewesen, und alles, was man über sie sagt, ist nur noch ein Nekrolog. Allerdings darf man die Gefahr nicht übersehen, daß der Versuch gemacht werden könnte, die alten Zustände wieder herzustellen. Für diesen Fall steht uns aber reichlich Munition zur Verfügung, die jetzt schon zu verschießen vielleicht taktisch verfehlt ist. Warten wir ab! Tritt uns ein ernster Versuch entgegen, die „starke Monarchie" wieder herzustellen, dann können wir immer noch mit der notwendigen Deutlichkeit zeigen, wie und wohin uns die „starke Monarchie" geführt hat. Im Augenblick ist aber die „starke Monarchie" nicht so stark, daß es notwendig wäre, gegen sie zu kämpfen. Die Vernunft der Weltgeschichte setzt sich durch Schritt für Schritt, in zwei Wochen haben wir Fortschritte gemacht, um die wir dreißig Jahre lang vergeblich gekämpft haben, die uns aber dennoch nicht genügen sollen. Was für den Ausbau freiheitlicher Einrichtungen ein ernstes Hindernis ist, muß beseitigt werden, aber wir wollen auch nicht mit gestreckter Lanze gegen Windmühlen galoppieren, wollen nicht blasen, was uns nicht mehr brennt.

Vor der neuen Note.

Der Text der deutschen Antwort an Wilson wird, wie der Vorwärts mitteilt, im Laufe des heutigen Tags seine Schlußredaktion erfahren. Die bisherige Antwort der Regierung in der Friedensfrage läßt vermuten, daß man über Meinungsverschiedenheiten mit den Gegnern das Ziel, den Frieden, nicht aus dem Auge verlieren werde. Es dürfte weder die Neigung bestehen, sich den Wünschen der französischen Chauvinistenpresse bedingungslos zu fügen, noch die Absicht, den mit Festigkeit beschrittenen Weg aufzugeben.

Das Kriegskabinett ist gestern um 6 Uhr abends zusammengetreten, um sich über den ihm vorliegenden Entwurf der Antwortnote an Wilson schlüssig zu werden. Dazu ist es aber nicht gekommen, vielmehr sind die Beratungen auf heute vertagt worden. Man nimmt an, daß diese Verzögerung auf das Eintreffen neuer Nachrichten zurückzuführen ist, die vielleicht eine Aenderung in der Stilisierung der deutschen Antwort nötig machen. Auch der interfraktionelle Mehrheitsausschuß trat um 9 Uhr abends zusammen und beriet bis in die späte Nachtstunde.

•

Lehnt Wilson weitere Verhandlungen ab?

tu. **Genf**, 19. Oktober. **In einer aus Washington übermittelten offiziösen Meldung der französischen Zeitungen vom 17. Oktober wird wörtlich mitgeteilt: In der Umgebung des Präsidenten Wilson erwartet man, daß Deutschland eine weitere Note senden werde zu dem Zwecke, die Aussprache über den Frieden fortzusetzen. Wenn das zutrifft, so darf man sicher sein, daß Deutschland sich unnötigerweise bemüht hat.**

•

Oesterreichische Befürchtungen.

tu. **Wien**, 19. Oktober. Das Eintreffen der Antwortnote Wilsons an Oesterreich-Ungarn wird stündlich erwartet. In deutsch-österreichischen Kreisen befürchtet man, daß die Antwortnote die Haltung verfolgt, Oesterreich-Ungarn von Deutschland loszutrennen.

• • •

Harte Bedingungen.

In der gegnerischen Presse geht die Agitation für harte Friedensbedingungen weiter. Nach einer Meldung aus Bern ist die Stimmungsmache der englischen Presse gegen den Abschluß eines Waffenstillstandes ungeheuerlich. Ganz abgesehen von den Leitartikeln der führenden Zeitungen, die sich fast durchweg leidenschaftlich dagegen erklären, bringen die meisten Blätter eine Flut von Artikeln und Zuschriften, die von Deutschland vor Beginn irgendwelcher Verhandlungen bedingungslose Uebergabe oder Sicherungen verlangen, welche die Wiederaufnahme von Feindseligkeiten unmöglich machen würden. Daneben werden schon jetzt die denkbar drastischsten Friedensbedingungen gefordert. Times bringt eine ganze Seite derartiger Zuschriften.

Nach einer Meldung der Central News aus London erklärte der englische Staatssekretär für den Krieg, Lord Milner, in einem Pressegespräch gegenüber dem Vertreter der Evening Standart:

> Das einzige Ziel ist den preußischen Militarismus zu vernichten. Es besteht einige Gefahr, daß die Wichtigkeit dieses Zieles vergessen wird, indem andre Forderungen in den Vordergrund geschoben werden, die nach Vernichtung des Militarismus unschwer erfüllt werden könnten. Es sei möglich, daß der Widerstand der deutschen Armee und des deutschen Volkes, der jetzt fortwährend abnehme, gestärkt werden würde, wenn die Alliierten jetzt eine eingreifende Aufklärung von der Regierung Deutschlands verlangten. Außerdem hätten die Deutschen ihr Regierungssystem durch die Aufnahme neuer Personen geändert. Es sei eine völlige Reform im Gange. Man dürfe das alles nicht für Betrug nehmen. Die Personen, die augenblicklich in Deutschland die Macht besäßen, seien dem Reichstage verantwortlich. Es liege im Interesse der Alliierten, abzuwarten, ob diese Regierung Bestand haben werde. Deutschland sei kein bolschewistisches Chaos. Die Politik der Alliierten bezwecke einen militärischen Sieg, um die Deutschen zu einer bedingungslosen Uebergabe oder zu einem Waffenstillstand zu zwingen, dessen Bedingungen den preußischen Militarismus machtlos machen würden.

Auch nach diesen Milnerschen Worten geht der Wunsch der Gegner dahin, Deutschland militärisch niederzuwerfen, ehe man Waffenstillstand gewähren will. Der Siegestaumel, der unsre Nationalisten nach dem Brester Frieden befeelte, wiederholt sich gegenwärtig bei den Gegnern in gesteigerter Form.

•

Staatssekretär des Innern Trimborn über die Kriegsanleihe:

Die erste Pflicht des Reiches wird es stets sein, für die Zinsen der Kriegsanleihe zu sorgen.

Trimborn

Feindliche Vorstöße über die Aisne.

wtb. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 19. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Brügge und der Lys wiesen wir mehrfache feindliche Angriffe ab. Nordöstlich von Kortrik warfen wir Teile des Gegners, die sich seit den letzten Kämpfen noch auf dem Ostufer der Lys hielten, über den Fluß zurück. Südwestlich von Kortrik wurden Uebergangsversuche vereitelt. Oestlich von Lille und Douai war der Feind gestern bis zur Linie Aseq—Templeuve—Flines—Merquette gefolgt.

Zwischen Le Cateau und der Oise dauerten die heftigen Angriffe des Gegners an. Südöstlich von Le Cateau drang er bis Bazuel, im Walde von Andigny bis an den Südrand von Bassigny vor. An der übrigen breiten Angriffsfront ist der Ansturm des Feindes vor und in unsren vordersten Linien gescheitert. Bazuel wurde im Sturm wieder genommen. Die bei und südlich von Aisonville kämpfenden Truppen schlugen auch gestern alle Angriffe des Feindes ab. In den Abendstunden und während der Nacht setzten wir hier unsre Linien vom Gegner ab. An der Oise sind bei und nördlich von Origny erneute Angriffe des Feindes gescheitert.

An der Aisne setzte der Feind seine Angriffe bei Oliry und Grandpré fort und dehnte sich über Vouziers nach Norden bis Voncq aus. Bei Vandy und bei Falaise faßte er auf dem östlichen Aisne-Ufer Fuß. Seine Versuche, unter starkem Feuerschutz östlich der Aisne weiter vorzudringen, wurden durch Gegenstoß vereitelt. Zwischen Oliry und Grandpré sind erneute Angriffe französischer und amerikanischer Divisionen vor unsren Linien gescheitert. Beiderseits der Maas verlief der Tag bei Störungsfeuer und kleineren Infanteriegefechten.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Haltung der Lansdowne-Anhänger.

Zürich, 19. Oktober. Gestern versammelten sich in London die Anhänger Lord Lansdownes. Sie gaben der Ansicht Ausdruck, es liege im Interesse Englands, auf Grund der vom Präsidenten Wilson aufgestellten und von Deutschland angenommenen Bedingungen, einen ehrenvollen Frieden abzuschließen. Die Versammelten sprachen auch den Wunsch aus, es möge ein baldiger, gerechter Friede geschlossen werden.

Der Rückzug im Westen.

Die Räumung des Teiles der flandrischen Küste bis hart südlich Ostende, die planmäßig und unter Mitnahme alles nur irgendwie beweglichen Materials ohne Einwirkung des Feindes erfolgt ist, war für die deutsche Heeresleitung sicher ein schwerer Entschluß. Militärisch wertvolle Stützpunkte sind damit aus der Hand gegeben. Aber es besteht die zuversichtliche Erwartung, daß diese Räumung auf unsre Kriegführung keinen erheblichen Einfluß haben wird. **Die Räumung hat so sorgfältig vorbereitet** werden können, daß der Feind aus ihr keine nennenswerten Vorteile wird ziehen können. Die Vorarbeiten der Räumung sind bereits seit längerer Zeit im Gange, was zur Folge hatte, daß die geräumten Stützpunkte ohnedies nicht mehr für die aktive Kriegführung in Betracht kamen, ohne daß sich hieraus eine nachteilige Wirkung gezeigt hätte. Jedenfalls ist es für uns viel wichtiger, unser Heer schlagfertig zu erhalten, als daß wir fremden Boden unter allen Umständen zu verteidigen suchen. Sicher ist, daß bei einem weiteren schrittweisen Zurückgehen ohne unsre Schuld das belgische Land allmählich verwüstet werden wird.

•

Die Massenflucht der Nordfranzosen.

Die Behauptung Wilsons, daß wir auf unsrem Rückmarsch in Flandern und in Nordfrankreich Städte und Dörfer mutwillig zerstört hätten, steht mit der Wahrheit in jedem Punkte in Widerspruch. Nur was vom militärischen Standpunkte aus unbedingt notwendig war, ist zerstört worden. Die deutsche Heeresleitung hat ausdrücklich befohlen, jede mutwillige Zerstörung zu unterlassen. Wenn es trotzdem zu einer Massenflucht der Bewohner gekommen ist, so trägt nicht die deutsche Kriegführung daran die Schuld, sondern allein das feindliche Artilleriefeuer und die feindlichen Fliegerangriffe. Die deutsche Heeresleitung hat wirklich kein Interesse daran, die wichtigen Verbindungsstraßen des Hinterlandes mit Flüchtlingen vollzupfropfen. Sie kann es andrerseits aber nicht verhindern, daß die Bewohner aus Furcht vor den Geschossen ihrer eignen Landsleute unter Zurücklassung von Hab und Gut fliehen.

24000 Tonnen versenkt.

Berlin, 18. Oktober. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England versenkten unsere U-Boote 24000 Br.-Reg.-To. Unter den versenkten Schiffen befanden sich ein großer Munitionsdampfer, ein Frachtdampfer mit Benzinladung sowie ein tiefbeladener Tankdampfer.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19181019/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG